

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein mit dem Auftrag, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes zu untersuchen, ob und inwieweit mangelnde Steuerung und Kontrolle der Holding der Gesundheit-Nord und des Krankenhauses Bremen-Ost mutmaßliche Bereicherung und Fehlentscheidungen der Geschäftsführer ermöglicht hat und lange unentdeckt ließ. Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf:

- die politisch administrative Verantwortung des Senats, insbesondere des Senators für Arbeit, Gesundheit, Frauen, Jugend und Soziales und des Senators für Finanzen sowie der nachgeordneten Dienststellen;
- die Wahrnehmung der Steuerungs- und Kontrollfunktion durch die gesellschaftsrechtlich verantwortlichen Aufsichtsräte und Geschäftsführungen;
- mutmaßliche Selbstbegünstigung Dritter und der Geschäftsführer der Holding und des Krankenhauses Bremen-Ost, fachlich unbegründbare Fehlentscheidungen und dadurch entstandene Schäden für die kommunalen Krankenhäuser;
- das Verwaltungshandeln, mit dem die politische Steuerung und Kontrolle der kommunalen Krankenhäuser vollzogen wurde, inklusive der Erarbeitung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und -prognosen;
- Beiträge des Ressorts und Sonderermittlers zur Aufklärung der Vorgänge;
- Konsequenzen aus dem untersuchten Vorhaben, insbesondere mit Aussagen über Verbesserung der Steuerung und Kontrolle der Krankenhäuser und Struktur der Holding.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- Zustandekommen der Personalentscheidungen für die beiden Geschäftsführer der Gesundheit-Nord und des Krankenhauses Bremen-Ost;
- mutmaßliche Bereicherung der Geschäftsführer und Schadensumfang;
- Auswirkungen auf Patienten und Patientinnen des Krankenhauses Bremen-Ost im Zusammenhang mit den Verlegungen in die Siekertal-Klinik;
- Absprachen mit Krankenkassen, ihr Zustandekommen, folgende rechtliche Bindungen und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben der Aufsicht über die Krankenkassen des Senators für Gesundheit;
- mutmaßliches Versagen von Kontrollsystemen trotz zahlreicher Hinweise;
- innerbetriebliche Abläufe in der Holding und im Krankenhaus Bremen-Ost, die ein frühzeitiges Entdecken erschwert haben;

- Verwaltungsanweisungen und Verträge der senatorischen Behörde gegenüber den Kliniken und der Holding sowie die Notwendigkeit ihrer Veränderung;
- Funktionieren der Abteilung Beteiligungsmanagement beim Senator für Finanzen in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand;
- Verwaltungsverfahren zur Kontrolle betrieblicher Daten der Krankenhäuser.

Jens Crueger	Karin Markus	Rainer Bensch
Dr. Matthias Güldner	Renate Möbius	Karl Uwe Oppermann
Doris Hoch	Rainer Nalazek	Klaus Peters
Jan Köhler	Manfred Oppermann	Dr. Iris Spieß
Karin Krusche	Insa Peters-Rehwinkel	Heiko Strohmann
Peter Lehmann		
Karoline Linnert		
Dr. Karin Mathes		
Klaus Möhle		
Dirk Schmidtman		
Silvia Schön		
Anja Stahmann		